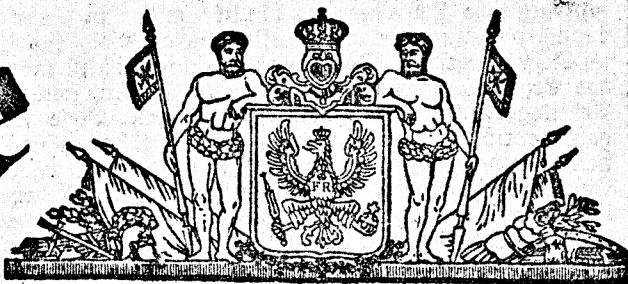


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montage nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich f. d. Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): i. V. Dr. W. H. Edwards in Bln. Wilmersdorf. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Polnisch-russischer Waffenstillstand

Die Sowjet-Truppen zurückgezogen.

Drahtmeldungen.

Amsterdam, 24. Juli, nachts.

Nach einem Moskauer Funkpruch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstandes angenommen.

Paris, 24. Juli.

Wie ein Funkpruch aus Moskau berichtet, zieht sich die rote Armee auf Befehl des bolschewistischen Oberkommandos zurück.

Warschau, 24. Juli.

Die militärische Lage hat eine Reihe weiterer Maßnahmen gezeitigt. Seit gestern sind in ganz Polen Kriegsgerichte eingeführt, die eine ganze Reihe von Verbrechen, wie Desertion und Verletzung dazu, Spionage, Flucht vor dem Feinde, Plünderung, Mord, Brandstiftung, Raub usw. standrechtlich mit Todesstrafe belegen. Ebenfalls seit gestern ist der Passagier-Bahnverkehr von der Linde östlich von Brest-Litovsk und Bialystok eingestellt. In den nächsten Tagen dürfte ein Einfahrverbot nach Warschau erlassen werden.

Inzwischen werden weitere Anstrengungen zur Frontstärkung gemacht: der amtliche „Monitor“ veröffentlicht die Einberufung aller von 1890 bis 1894 Geborenen zur Waffe; ein Erlass des Staatschefs Pilsudski sichert völlige Straffreiheit allen Deserteurern zu, die sich innerhalb zweier Wochen wieder zum Dienst melden.

Der zum Chef des Generalstabes der polnischen Armee neu ernannte General Rozwadowski zählt zu den bekannteren Generalen der östlichen Armee. Er ist aus der Artilleriewaffe hervorgegangen und war zuletzt Divisionskommandeur. In der Durchbruchschlacht bei Gorlice führte er die vielbesprochene Umfassungsoption gegen die rückstuhende Brusilow-Armee aus. Bald nach Polens Begründung wurde er Chef der polnischen Militärmission in Paris, wo er anderthalb Jahre intime Beziehungen zu führenden Militärführern der Entente unterhielt. Die Entente soll, wie ich höre, es auch gewesen sein, die gewünscht hat, daß Rozwadowski an die Spitze des polnischen Generalstabes gestellt werde. M. Th. Behrman.

Das neue polnische Kabinett.

Drahtmeldung.

Warschau, 24. Juli. (Z. U.)

Ein nationales Kabinett hat sich unter dem Vorsitz von Mikos, Bauernpartei, gebildet. Vizepräsident ist der Sozialist Daszynski. Sapieha behält das Portefeuille des Auswärtigen.

Lloyd George über die russische Gefahr.

Drahtmeldungen.

Amsterdam, 24. Juli. (W. T. B.)

Nach dem erst heute hier eingetroffenen ausführlichen Wortlaut der Unterhausrede Lloyd Georges sagte dieser mit Bezug auf das Vorrücken der Bolschewisten gegen die deutsche Grenze noch:

Wir müssen uns klarmachen, was das bedeutet. Für Deutschland mit seinen Lasten, seinen Verpflichtungen und seiner übermächtigen Schuldenlast besteht wie für jeden anderen Schuldner die große Versuchung, einen einfachen und bequemen Ausweg zu finden.

Freilich würde dies nur durch Anarchie möglich sein, aber es gibt in Deutschland Millionen von Menschen, die ungeduldig werden, und es gibt in Deutschland Millionen kriegerischer Männer. Die Bolschewisten sind ihre unmittelbaren Nachbarn.

Ich bitte, nur an die Möglichkeit zu denken, daß die Alliierten der Früchte ihres teuer erkauften Sieges beraubt werden könnten. Die Alliierten sind unter diesen Umständen zu dem Entschluß gelangt, den Marsch der Bolschewisten durch polnisches Gebiet unbedingt zu verhindern.

Kopenhagen, 24. Juli.

„Politiken“ erfährt aus London, daß nach Ansicht englischer militärischer Sachverständiger zu einer wirkungsvollen Unterstützung der polnischen Truppen gegen die Bolschewisten einige Hunderttausend Mann erforderlich wären. Es sei jedoch

unmöglich, in England eine solche Truppenanzahl zu sammeln, da die Arbeiterführer einige darin sind, daß die Arbeiter sich nicht auf ein größeres militärisches Abenteuer einlassen werden. Außerdem sei Polen bei den englischen Arbeitern, wenngleich diese nicht mit dem Bolschewismus sympathisieren, sehr unbeliebt.

Die Sicherung Ostpreußens.

Deutsche Note an die Alliierten.

Dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris ist unterm 21. Juli folgende Note überreicht worden:

Nach Mitteilungen, welche die deutsche Regierung erhalten hat, sind die Truppen der Sowjet-Regierung nur noch wenige Tagesmärsche von der ostpreussischen Grenze entfernt. Zur Wahrung der Neutralität, zur Sicherung der Grenzen und zur Beruhigung der Bevölkerung, die noch in Erinnerung an die früheren Russeneinfälle aufs äusserste erregt ist, erscheint es erforderlich, eine freiwillige Schutzwehr der Eingefessenen zu bilden, die im äussersten Notfall zur Unterstützung der Grenzschutztruppen herangezogen werden kann.

Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, hierzu ihre Zustimmung zu erteilen und darin nicht einen Verstoß gegen die bei den Verhandlungen in Spa getroffenen Abreden zu erblicken.

Gleichzeitig bittet die deutsche Regierung, ihr zu gestatten, die zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenzen erforderlichen Truppen durch die Absetzungsgebiete Allenstein und Marienwerder an die Grenze dieser Gebiete zu senden. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß nach dem Friedensvertrag die Souveränität im Absetzungsgebiet bei ihr verblieben und sie daher völkerrechtlich verpflichtet ist, die geeigneten Vorkehrungen gegen etwaige Verletzungen der Neutralität und der Reichsgrenzen zu treffen.

Die Einzelheiten werden zweckmäßig mit dem Interalliierten militärischen Überwachungsausschuss in Berlin zu vereinbaren sein.

Zur Verhängung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen wird halbamtlich mitgeteilt:

Der in Ostpreußen verhängte Ausnahmezustand ist erforderlich zur Wahrung der deutschen Neutralität und zum Schutz unserer Grenzen. Da es sich hierbei in erster Linie um militärische Maßnahmen handelt, ist zum Inhaber der vollen Gewalt der kommandierende General des Wehrkreises I General von Dassel ernannt worden. Ihm wird es obliegen, jede Formation, die bewaffnet die deutsche Grenze überschreitet, zu entwaffnen und zu internieren. Auf der andern Seite wird er jeden Versuch, im Innern der Provinz eine bewaffnete Unterstützung einer der kriegführenden Parteien zu organisieren, wie etwa durch Bildung weisgardistischer Formationen oder roter Garden, rücksichtslos im Keime ersticken.

Die Wahrung der Rechte der Zivilbevölkerung ist durch die Einsetzung des Oberpräsidenten von Ostpreußen Dr. Siehr als Regierungskommissar gesichert. Sämtliche Befehle des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltungen und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Zivilbevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis des Regierungskommissars zu bringen. Anordnungen aber, die Beschränkungen der persönlichen Freiheit oder Eingriffe in die Wohnung, in das Post-, Telegraphen-, Telefon- und Fernsprechgeheimnis, in die Presse, Versammlungs- oder Vereinsfreiheit oder in das Eigentum enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars.

Ein englisch-französisches Delabkommen.

Drahtmeldung.

London, 23. Juli. (Reuter.)

Heute abend ist der Wortlaut eines (gegen die Vereinigten Staaten gerichteten. D. Red.) Abkommens veröffentlicht worden, wodurch die englische und die französische Regierung sich verpflichten, mit Bezug auf die Delerzeugung in Rumänien, Rußland und Mesopotamien sowie in den beiderseitigen Kolonien zusammenzuhalten und einander zu unterstützen.

Monsieur Dard.

Von

Georg Bernhardt.

Die französische Regierung hat nach München einen besonderen französischen Gesandten geschickt. Es sei ununtersucht, ob irgendwelche Paragraphen oder Innere des Versailler Friedensvertrages ihr dazu ein formelles Recht gaben. In der Politik soll man nicht jedes Recht immer unbedingt ausnützen. Und politisch ist die Entsendung des Herrn Dard nach Bayern eine verfehlte Maßnahme, ja vielleicht die törichtste Handlung gewesen, die von seitens Frankreichs im Rahmen der deutsch-französischen Nachkriegspolitik bisher begangen worden ist. Sie ändert gewiß nichts an den natürlichen Lebensinteressen der beiden Länder und an der Notwendigkeit einer Politik, die sich auf diese natürlichen Interessen stützt. Aber sie erschwert ihnen wie drüben all denjenigen die Arbeit, die dieser Politik der natürlichen Interessen zum Siege verhelfen wollen. Sicher wächst in Deutschland ebenso wie in Frankreich die Zahl derjenigen, die einer Ausgleichung und Verständigung beider Länder zustreben. Es ist für uns nicht einmal zweifelhaft, daß selbst der französische Ministerpräsident zu dieser Zahl gehört. Aber leider ist es ebensowenig zweifelhaft, daß — genau so wie in Deutschland bereits wieder eine Schar von Anhängern des alten machtpolitischen Gedankens nach der Revanche ruft, die sie am liebsten Schüler an Schüler mit den Sowjettruppen erkämpfen möchten — in Frankreich gewissen Gruppen von Machtpolitikern die Revanche noch nicht endgültig genug ist. Sie verlangen die Zerspaltung der deutschen Einheit. Und diesen politischen Mächtlern hat Ministerpräsident Millerand mit der Bestallung einer Sondergesandten in München eine Konzession gemacht. Nicht nur durch die Tat selbst, sondern auch durch ihre Begründung vor der französischen Kammer. Denn sie war dem Sprachschatz dieser Politiker entlehnt, die ihren Imperialismus hinter dem Einwand verbergen, die deutschen Stämme vor der Wiederkehr der preussischen Hegemonie bewahren zu müssen.

War es wirklich notwendig, auf diese Weise wieder von neuem die deutsch-französischen Beziehungen einer Belastungsprobe auszusetzen, die von den Feinden eines kontinentalen Zusammenarbeitens weidlich ausgenutzt werden kann? Die französische Regierung sollte sich doch endlich einmal klar darüber werden, daß sie mit den Verbeugungen gegenüber gewissen Strömungen im eigenen Lande letzten Endes nicht ihrer Nation, sondern Kräften dient, deren Tendenzen nicht französisch sind. Wer die Folgen der endgültigen Zerschlagung des Kontinents in seiner ganzen Tragweite für Deutschland und für Frankreich übersehen muß, das französische Volk warnen, Experimente zu unternehmen, die, ob gewollt oder nicht, sehr leicht den Erfolg haben können, die Zerrüttung Deutschlands herbeizuführen. Ein französischer Gesandter in München muß wohl oder übel zum Mittelpunkt all derjenigen Elemente werden, die vom Reiches Los wollen. Ueber die Natur dieser Kräfte aber scheint man doch in der französischen Öffentlichkeit nicht genügend aufgeklärt zu sein.

Die Kräfte, die im Süden im Sinne einer Loslösung vom Reich wirken, sind heute durchaus nicht etwa die gleichen, die noch wenige Jahre vor dem Kriege in Opposition gegen das politisch rücksichtige Preußen standen. Dieser Gegensatz zwischen dem „junckerlichen“ Preußen und dem Kleinstadler- und Kleinbürgerlich demokratischen Süden besteht im Augenblick überhaupt nicht mehr. Was vielmehr jetzt in den separatistischen Bestrebungen namentlich Bayerns in den Vordergrund tritt, ist jene Spielart des früher schon vorhandenen Partikularismus, der die industrielle Arbeitsamkeit des Nordens verhaßt ist, und die in der Wiederherstellung der alten Zeit kleinstädtischer Neigungen die beste Bürgschaft für eine genußfrohe Konservierung dessen sieht, was die Natur dem deutschen Süden vorzugsweise befehrt hat. Diese Instinkte werden von allen denen benützt, die sich in Nord und Süd mit der Aufgabe der Republik nicht abfinden wollen, sondern — eventuell auch mit Gewalt — die monarchische Staatsform wieder herstellen wollen. Für diese Elemente bedeutet die Loslösung vom Reich die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern und die Erweiterung des neuen Königreiches auf andere Teile des deutschen Südens und Tirols.

Nun steht auf den ersten Blick im Sinne derjenigen Politiker in Frankreich, die in einer Zerspaltung Deutschlands die beste Bürgschaft für eine deutsche Ohnmacht und damit auch den besten Schutz für die Zukunft Frankreichs sehen, selbst ein bayerisches Königreich immer noch besser als eine deutsche Einheitsrepublik. Aber für wie lange Zeit? Auf die Länge der Zeit würde ein mittelbayerisches Bayern genau dieselbe Rolle spielen, wie früher das hohenzollernsche Preußen. Es würde genau die gleiche Tendenz zum Wachsen zeigen, also zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege imperialistischer Machtpolitik — bloß nun nicht mehr von Berlin und Brandenburg aus, sondern von Bayern her. Diese neue Vereinigung der deutschen Stämme würde